

# Basel ruft als erste Schweizer Stadt den «Klimanotstand» aus. Was bedeutet das?

Mit Unterstützung der bürgerlichen Parteien setzt das Kantonsparlament ein Zeichen für die Bekämpfung der Erderwärmung – fragt sich bloss, mit welcher Wirkung.

---

Larissa Rhyh, Daniel Gerny 20.2.2019, 17:44 Uhr

Was in London oder Vancouver gelingt, geht auch in Basel: Am Mittwoch hat das baselstädtische Kantonsparlament den Klimanotstand ausgerufen. Basel ist die erste Schweizer Stadt, die diesen Schritt wagt. Rechtliche Bindung hat das Geschäft zwar nicht, es soll aber eine Signalwirkung haben. Auf Initiative der Klima-Streikbewegung debattierte der Rat engagiert über die Folgen der Erderwärmung und des Umweltschutzes und verabschiedete anschliessend eine Resolution.

Mit 71 Ja-Stimmen zu 17 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen wurde die Resolution klar angenommen. Die Schülerinnen und Schüler auf der Tribüne nahmen das Resultat jubelnd entgegen. Das Geschäft war vom grünliberalen Grossrat Aeneas Wanner auf die Traktandenliste gebracht worden, formuliert hatten die Resolution Basler Schüler.

## Alle ausser der SVP dafür

In der Resolution erklärt das Parlament, die Eindämmung des Klimawandels als prioritär anzuerkennen. Rechtlich bindend ist das Instrument nicht. Symbolische Wirkung, die über Basel hinaus wahrgenommen wird, hat der Schritt aber durchaus: In mehreren Städten liegen ähnliche Kataloge auf dem Tisch, beispielsweise in Zürich. Dort hat die Jugendbewegung Klimastreik Zürich im Januar dem GLP-Stadtrat Andreas Hauri verschiedene Forderungen zur Klimapolitik übergeben.

Die Debatte in Basel erfolgte entlang einer klaren Frontlinie: Alle Parteien mit Ausnahme der SVP unterstützen die Resolution – wenn auch teilweise mit Einschränkungen. Insbesondere am Begriff Klimanotstand stiessen sich diverse Mitglieder des Grossen Rates. «Notstand» stehe für die Ausserkraftsetzung des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens und sei daher nicht adäquat.

Raoul Furlano (LDP) appellierte an seine Kollegen, angesichts der fehlenden gesetzlichen Wirkung über problematische Formulierungen hinwegzusehen. Als Alternative empfahl FDP-Grossrat Luca Urgese in einem Änderungsantrag die Verwendung des englischen Begriffs «Climate Emergency». Dieser war von den Schülerinnen und Schülern in einem Gespräch vorgeschlagen worden. Der Änderungsantrag wurde gutgeheissen.

## «Wir wecken falsche Hoffnungen»

Trotz der grundsätzlichen Unterstützung einer Mehrheit der Ratsmitglieder von FDP, LDP und CVP war auf bürgerlicher Seite auch Skepsis zu erkennen: So erklärte der liberaldemokratische Grossrat André Auderset, mehrere Forderungen seien fragwürdig. Ausserdem würden die Jugendlichen nicht ernst genommen, wenn man eine Resolution im Wissen übernehme, dass sie gar nichts bewirke. Ein Zeichen zu setzen, bringe nichts: «Wir wecken falsche Hoffnungen bei den Schülern.»

### «Billigflüge sind einfach zu verlockend. Darum brauchen wir die Politik» – wieso in 15 Städten Schüler für mehr Klimaschutz die Schule geschwänzt haben

In 15 Schweizer Städten sind Schüler auf die Strasse gegangen, um der Politik Beine zu machen.

Larissa Rhyn / 18.1.2019, 21:11



Neben Auderset zweifelten weitere Parlamentarier an, dass eine Resolution das richtige Mittel sei. Insbesondere, da sich der Text unter anderem an die Mitglieder des Grossen Rats richte, welche auch individuell Massnahmen ergreifen könnten.

Die Basler Resolution umfasst vier Kernforderungen. Sie lauten:

- Der Basler Grosse Rat erklärt den Klimanotstand und anerkennt damit die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität.
- Der Basler Grosse Rat wird die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Geschäften berücksichtigen und wenn immer möglich jene Geschäfte prioritär behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen.
- Der Basler Grosse Rat orientiert sich für zukünftige Massnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels an den Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), insbesondere in Bezug auf Investitionen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen.
- Der Basler Grosse Rat fordert, dass die Regierung die Bevölkerung des Kantons umfassend über den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen sowie über die Massnahmen, welche gegen den Klimawandel ergriffen werden, informiert.

Obwohl sie rechtlich nicht bindend ist, sei die Resolution als grundsätzliche Stellungnahme ein wichtiger Akt, befand Lisa Mathys (SP). Der FDP-Parlamentarier Stephan Mumenthaler argumentierte ähnlich: «Ich wüsste nicht, wer in diesem Saal die Existenz des Klimawandels leugnen würde, entsprechend sinnvoll ist es, das Signal, das von unserer Jugend gesendet wurde, aufzunehmen.»

## SVP-Zweifel am menschengemachten Klimawandel

Angezweifelt wurde im weiteren Verlauf der Debatte allerdings der menschengemachte Klimawandel. Der SVP-Parlamentarier Beat Schaller monierte, wer es heute wage, den menschengemachten Klimawandel anzuzweifeln, werde in der Debatte desavouiert. Dass der weltweite Temperaturanstieg durch eine Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses abflachen würde, sei nicht bewiesen. Es folgten diverse erstaunte und entsetzte Gegenvoten.

Politiker aller Couleur waren beflissen, zu betonen, dass sie das Engagement der Jugendlichen begrüßten. «Die Schüler wollen eine Zukunft haben, und dafür sollten wir einfach nur Danke sagen», sagte Mathys. Die Feststellung, der jugendliche Eifer sei zu begrüßen, ging auch den Stellungnahmen der meisten Gegner voraus – selbst jener von Beat Schaller. Er hingegen fand, die Schüler sollten sich lieber mit wichtigeren Themen befassen.

«Belächeln Sie die Schülerinnen und Schüler nicht, denn sie tun etwas fürs Klima, was wir von vielen hier nicht behaupten können», so Lea Steinle vom Grünen Bündnis. Belächelt wurden die Schüler von den Ratsmitgliedern denn auch nicht – das zeigt das eindeutige Resultat.

Livia Benedict, die sich für die Basler Klimastreik-Bewegung engagiert, hat die Debatte im Grossen Rat von der Tribüne aus mitverfolgt. Und ist ebenso begeistert wie überrascht vom Resultat. «Dass der Grosse Rat unserer Resolution so deutlich zustimmen würde, hatten wir nicht erwartet, da viele Parteien beim Thema zur Zeit auf der Kippe stehen.» Die Schülerin hofft, dass Basel-Stadt als Vorbild dient und bald in weiteren Schweizer Städten der Klimanotstand – oder eben «Climate Emergency» – ausgerufen wird. «Damit können wir zeigen, dass unsere Bewegung etwas bewirkt.»

---

### KOLUMNE

#### **Klima-Bewegung: Lasst den Jungen ihre Ideale**

Menschen werden heute aufgrund ihres Alters abgewertet, also für etwas, wofür sie nichts können. Hier der alte weisse Mann, dort die jungen grünen Mädchen. Gerade der Hass auf die Jugend hat etwas Verzweifertes.

Birgit Schmid / 15.2.2019, 05:30



---

## Mehrere Zehntausend Menschen demonstrieren schweizweit für mehr Klimaschutz

Die Organisatoren schätzen die Zahl der Teilnehmer auf über 60 000. Damit ist der «Klimastreik» in der Schweiz eine der grössten Protestaktionen der letzten Jahrzehnte.

Boas Ruh, Zürich / Andrea Kučera, Bern / 2.2.2019, 22:32



---

### Newsletter Schweiz

Bleiben Sie mit unserem Wochenrückblick immer auf dem Laufenden. Jeden Freitagnachmittag wählt das Schweiz-Ressort die wichtigsten Themen der Woche aus und ordnet sie ein. [Hier können Sie sich mit einem Klick kostenlos anmelden.](#)

---

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.